

## Mobile Praxen für Menschen in Syrien

Der Verein Help Sans Frontières engagiert sich für medizinische Versorgung der Menschen im Bürgerkriegsland Syrien, unter anderem mit der Spende von Rettungswagen, die als mobile Praxen genutzt werden sollen. Neben Sachspenden wie Verbandsmaterial, Thoraxdrainagen, Kathetersystemen, Pulsoxymetern oder Handschuhen bittet der Verein auch um Geldspenden.

[www.hsf-world.org](http://www.hsf-world.org) ble

## Fortbildung: Psychoanalyse in der Psychiatrie

Am Mittwoch, 14. Mai 2014 bietet die Psychoanalytische Arbeitsgemeinschaft Köln-Düsseldorf ein Seminar der Fortbildungsreihe „Psychoanalyse in der Psychiatrie“ an. Dr. Slavica Hentze und Dipl. Psych. Marian Juszcak nähern sich dem Themenkomplex „Gewalt in der Primärbeziehung und in der Psychiatrie“ unter dem Titel: „Statt Milch fließt Blut“. Die Fortbildungsreihe greift die Tradition auf, schwere psychische Störungen aus psychoanalytischer Perspektive zu verstehen und einen psychodynamischen Zugang zu erarbeiten. Das Seminar kombiniert Vorträge zu Grundlagen und aktuellen Forschungsergebnissen mit der Möglichkeit, eigene Kasuistiken vorzustellen und mit den Seminarleitern und -teilnehmern zu besprechen.

Die Fortbildung beginnt um 19.30 Uhr in den Räumen der Arbeitsgemeinschaft, Riehler Str. 23, 50668 Köln. Die Seminargebühr beträgt für Ärzte und Psychologen 30 Euro, für andere Berufsgruppen 20 Euro. Für Studierende ist das Seminar kostenfrei. Anmeldung per E-Mail: [sekretariat@psa-kd.de](mailto:sekretariat@psa-kd.de), Tel.: 0221 135901, [www.psa-kd.de](http://www.psa-kd.de) bre



Foto: KPMG DTG AG

**Die Zuständigkeit** für das „Recht des Gesundheitswesens“ wurde 1964 vom Bundesinnenministerium auf das Bundesgesundheitsministerium übertragen. Das berichtete das *Rheinische Ärzteblatt* in seiner Ausgabe vom 8. Mai 1964. „Das Gesetz trägt der Tatsache Rechnung,

daß in der IV. Bundesregierung ein eigenes Gesundheitsministerium gebildet worden ist.“ Damit hatte die Ärzteschaft einen neuen Ansprechpartner in der Bundespolitik. Mit Blick auf die beantragte Erhöhung der Mindest- und Höchstsätze der Preußischen Gebührenordnung wollte die Bundesärztekammer auf dem 67. Deutschen Ärztetag, der vom 23. bis 27. Mai 1964 in Augsburg stattfand, nochmals den Druck auf die Politik erhöhen. Der Gesamtvorstand der Bundesärztekammer plante, den Ärztetagsdelegierten einen Appell an die Bundesregierung zur Abstim-

mung vorzulegen. Darin sollten die Delegierten die Politik dazu auffordern, „der deutschen Ärzteschaft eine zeitgerechte Bewertungsgrundlage ihrer Leistungen durch Anpassung der ärztlichen Gebührenordnung an die Preisentwicklung nicht länger vorzuenthalten“. Das Deutsche Ärzteblatt veröffentlichte den Appell vorab in seiner Ausgabe vom 2. Mai 1964. Darin heißt es weiter, dass die seit 1957 unveränderten Sätze gegenüber der sonstigen Preisentwicklung „eine durch nichts gerechtfertigte Diskriminierung des Wertes der ärztlichen Leistungen“ darstellen. bre

## Laumann: Längerer Hebel für den Hausärzteverband

**Die Streichung** der sogenannten Refinanzierungsklausel im §73 b SGB V, die den Abschluss hausarztzentrierter Verträge seit dem 1. April erleichtert, versteht die Bundesregierung auch als Signal für eine grundsätzliche Weichenstellung: „Die hausärztliche Versorgung rückt jetzt stärker ins Zentrum der gesundheitspolitischen Überlegungen als das in vergangenen Wahlperioden der Fall war“, sagte der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Karl-Josef Laumann, Ende März in Köln-Porz beim „Tag der offenen Tür“ des Deutschen Hausärzteverbandes.

„Weil wir Sorgen haben, wie sich die hausärztliche Versorgung in Deutschland entwickelt, steht sie stärker im Fokus der gesundheitspolitischen Diskussion“, so der Staatssekretär weiter, „die Zeit ist jetzt einfach reif dafür, dass man sich Gedanken darüber machen muss, wie man von den jüngeren Medizinerinnen und Medizinerinnen möglichst viele begeistert, in die Allgemeinmedizin zu gehen.“

Zu Regierungspolitik soll auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Sektionierung der Kassenärztlichen Vereinigungen werden. Nach dem Vertrag werden die Vertreterversammlungen von Kas-



*Traten in Köln gemeinsam vor die Presse: Der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium und frühere NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und Ulrich Weigeldt, der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes.*

Foto: Georg J. Lopata/axentis

senärztlicher Bundesvereinigung und Kassenärztlichen Vereinigungen künftig zu gleichen Teilen aus Haus- und Fachärztlichen gebildet. Über rein hausärztliche Belange sollen die hausärztlichen Mitglieder entscheiden, über rein fachärztliche Belange die fachärztlichen. Die Budgets beider Gruppen werden nach den Koalitionsplänen getrennt. „Das ist vernünftig, weil die Vergangenheit gezeigt hat, dass es große Interessensunterschiede gibt, die man besser nicht miteinander vermengt“, sagte Laumann in Köln. Er ließ keinen Zweifel daran, dass es „selbstverständlich dazu irgendwann einen Gesetzentwurf geben wird“.

Laumann ließ durchblicken, dass sein Verhältnis zum KV-System seit seiner Zeit als nordrhein-westfälischer Gesundheitsminister ambivalent ist. Ein „Schlüsselerlebnis“ sei für ihn die Honorarreform 2009 gewesen. „Über Nacht haben die Ärzte in Niedersachsen 20 Prozent mehr verdient als die in Nordrhein-Westfalen.“ Sein Protest sei bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zwar auf Verständnis gestoßen, habe aber nicht zu einer Korrektur geführt – „da haben wir uns bis heute noch nicht von erholt“. Laumanns Erkenntnis damals: „Ein solches System geht nicht. Es ist nicht mehr reformfähig.“

Und: Seither hält der heutige Staatssekretär die Positionen des Hausärzteverbandes und hausarztzentrierte Verträge für besonders unterstützenswert. Andererseits betonte Laumann ausdrücklich, dass sich das Gesundheitsministerium auch mit den Kassenärztlichen Vereinigungen „ein gutes Miteinander“ wünscht: „Wir werden als Ministerium selbstverständlich vernünftig mit der KV zusammenarbeiten. Aber wir haben uns auch entschieden, dass der Hebel, an dem der Hausärzteverband sitzt, durch die Gesetzesänderung länger geworden ist.“

Horst Schumacher